

## SHORT NEWS

## Leur dernière lettre au formateur?

La période estivale a bien commencé et le ministère de l'immigration s'apprête à nouveau à expulser des étrangers sans papiers, de préférence ceux qui sont en famille avec des enfants scolarisés. Pour rappeler leur sort, et surtout celui des minorités ethniques au Kosovo, le collectif réfugiés Luxembourg - qui regroupe toutes les ONG de solidarité avec les sans-papiers - vient d'adresser une lettre au formateur Jean-Claude Juncker. Ils y déplorent le fait qu'un certain nombre de ces minoritaires soient « invités à quitter le territoire ». En d'autres mots : sous la menace d'une expulsion. Alors que même le Haut Commissaire des Nations Unies pour les réfugiés, Antonio Guterres, avait pointé l'importance de la protection de ces personnes et avait admis l'insécurité pour les minorités au Kosovo. De plus, la crise frappe avant tout les pays pauvres, comme justement le Kosovo, qui dépend largement de l'argent envoyé par la diaspora. Avec un retour massif de réfugiés dans leur pays d'origine, le collectif craint une explosion de la situation sociale. Dernière doléance : qu'à l'avenir, la durée de présence et le degré d'intégration soient pris en compte dans les dossiers des sans papiers. C'est comme si c'était fait...

## Le français guillotiné ?

Ils sont « inquiets ». Ils sont même « consternés ». Il s'agit des enseignants de la langue de Robespierre, réunis dans l'Association des professeurs de français du Luxembourg (APFL). Celle-ci vient de réagir aux déclarations des futurs partenaires de coalition qui envisagent de remettre en cause le trilinguisme scolaire. Bien que personne ne connaisse véritablement le détail de la réforme envisagée, l'APFL agite le spectre d'un « français deuxième langue » dans les lycées. L'emprunt de cette voie est considéré par l'APFL comme « irresponsable » compte tenu du poids de cette langue sur le marché du travail. Le communiqué reprend toute la vulgate professorale, en passant par « français au rabais », « bac sans peine » et « diplôme sans valeur ». Là où l'APFL n'a toutefois pas tort, c'est lorsqu'elle souligne qu'il est tout à fait possible d'obtenir son bac sans maîtriser toutes les langues : tout dépend de la section dans laquelle l'élève s'est inscrit. Encore faut-il arriver jusqu'au bac. De son côté, l'Asti salue prudemment le projet de réforme en attendant d'en connaître le contenu, mais se prononce d'ores et déjà en faveur d'un « multilinguisme renouvelé » qui ferait la part belle à la langue comme moyen de communication et non comme objet de sélection scolaire.

## Luxemburg-Stadt schnallt den Gürtel enger

Am Mittwoch dieser Woche konnten Bürgermeister Paul Helminger und Finanzschöffe François Bausch endlich genauere Zahlen zum Budget der Gemeinde Luxemburg vorlegen. Die Personal- und Verwaltungskosten der Gemeinde belaufen sich auf etwa 550 Millionen Euro. Finanziert wird das Ganze zu etwa zwei Dritteln durch die Gewerbesteuer und zu einem Drittel aus dem „Fonds de dotation communale“, der seinerseits über die Einkommenssteuer und die Mehrwertsteuer finanziert wird. Obwohl die Steuererträge für 2009 noch den Erwartungen entsprechen, wird für 2010 mit einem Einnahmerückgang von 42 bis 45 Millionen Euro gerechnet - das sind über acht Prozent des ordentlichen Haushaltes. Diese Summe soll nun eingespart werden, damit der Haushalt ausgeglichen und die Gemeinde Luxemburg weiterhin kreditfähig für Investitionen bleibt. In welchen Bereichen die Sparmaßnahmen erfolgen sollen, wird erst im Herbst dieses Jahres geklärt werden. Zumindest steht fest, dass nicht an geplanten Bauprojekten gerüttelt und stattdessen Kürzungen an vielerlei Stellen vorgenommen werden. Was die Personalkosten betrifft, kann dort kaum gekürzt werden, aber die Beschäftigten sollen in Zukunft effizienter eingesetzt werden.

## AKTUELL

## EUROPAPOLITIK

## Barroso raus aus Brüssel

Brigitte Lichtfuß

**Der grüne Europa-Abgeordnete Turmes will Barroso stoppen. Nun spricht sich auch sein Amtskollege Goerens von den Liberalen gegen eine zweite Amtszeit des Portugiesen aus.**

„Der Herr Barroso ist nicht gut für die europäische Union und ist schlecht für Luxemburg“, stellte Claude Turmes, Abgeordneter der Luxemburger Grünen im europäischen Parlament, anlässlich einer Pressekonferenz am Freitag voriger Woche fest. Diese Einschätzung spiegelt die Meinung seiner Partei „déli gréng“ und seiner grünen Fraktion im Europaparlament wider. Letztere hat auch maßgeblich dazu beigetragen, dass die für Mittwoch dieser Woche geplante Wiederwahl des amtierenden EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso verschoben wurde (siehe auch woxx 1014).



Barrosos Engagement für einen effektiven Umweltschutz löste sich vielmehr in Luft auf

Der genaue Ersatztermin steht noch nicht fest, ist aber für Ende September/Anfang Oktober vorgesehen. Doch die Grünen bestehen ausdrücklich auf einem Wahltermin nach dem 2. Oktober, dem Tag des zweiten irländischen Referendums zum Vertrag von Lissabon. Denn nach den Bestimmungen dieses Vertrags muss mehr als die Hälfte aller Abgeordneten im europäischen Parlament der Kandidatur des Kommissionspräsidenten zustimmen; zur Zeit genügt eine einfache Mehrheit. Das Inkrafttreten des Vertrags würde also die Wiederwahl Barrosos verhindern - ganz im Sinne der Grünen. „Es wäre demokratisch eine absolute Frechheit, eine Woche vor dem Referendum über den neuen Kommissionspräsidenten abzustimmen“, betonte Turmes.

Vorwürfe gegen den aktuellen portugiesischen Kommissionspräsidenten gibt es zuhauf. „Barroso hat sich zu oft seiner Verantwortung entzogen

und die Kommission von der ‚Hüterin der Verträge‘ zum Schoßhündchen der dominantesten Mitgliedstaaten und der einflussreichsten Industrien degradiert. Er hat Luxemburg geschadet“, so „déli gréng“ in einer Mitteilung an die Presse. In der Tat hat sich der Christdemokrat in vielen europapolitischen Angelegenheiten passiv verhalten. Doch die EVP (Europäische Volkspartei) stärkt ihrem Mann weiterhin den Rücken und hofft, zusammen mit den Liberalen und einem Teil der Sozialdemokraten die nötige Mehrheit aufzubringen, um Barroso zu einer zweiten Amtszeit zu verhelfen.

Allerdings melden sich nun auch in den Reihen der Liberalen vermehrt Kritiker zu Wort, unter ihnen Charles Goerens, luxemburgischer Europa-Abgeordneter der DP. „Barroso hat das institutionelle Durcheinander in Europa stillschweigend hingenommen“, äußerte er am Montag dieser Woche in einer Pressekonferenz. Zudem sei Barroso seiner Rolle als Kommissionspräsident während seines ersten Mandates nicht gerecht geworden. Goerens versucht nun, seine liberale Fraktion im Europaparlament wenn nicht ganz, dann zumindest zum Teil auf diese Linie zu bringen. Seine eigene Entscheidung steht fest: „Mir fehlt das Vertrauen in Barroso. Ich werde auf jeden Fall gegen ihn stimmen.“

Einen Gegenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten der EU gibt es offiziell nicht; in Frage kommen könnte aber der liberale Guy Verhofstadt, ehemaliger Ministerpräsident Belgiens. Mit seiner Kandidatur wären auch die Grünen einverstanden. „Wir sind als Gréng relativ optimistisch, dass wir den Herrn Barroso verhindern können, nicht weil wir den Mann als Person nicht respektieren, sondern weil Europa demokratisch in einer ganz kritischen Phase ist“, erklärte Turmes. Besonders die geringe Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Juni dieses Jahres habe gezeigt, in welcher Krise die EU sich befinde, und Barroso sei nicht der Mann, ihr aus dieser Krise wieder herauszuhelfen. Die Grünen sind nach wie vor zuversichtlich, dass Barroso noch gestoppt werden kann. Die Homepage ihrer Anti-Barroso-Kampagne verspricht zumindest eine hohe Besucherzahl.